

Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/1374/2023**
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 07.03.2023

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung
Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032
Verfasser/-in: Sandra Weegels, AfD-Fraktion

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Haupt-, Finanz-, Wirtschafts-, Rechts-, Digitalisierungs- und Europaausschuss		Beratung
Stadtverordnetenversammlung		Entscheidung

Betreff:
Hundesteuer
- Antrag der AfD-Fraktion vom 04.03.2023 -

Antrag:
„Der Magistrat wird aufgefordert, die Hundesteuer für Hundebesitzer aufzuheben, sofern der Hund nachweislich aus einem Tierheim oder dem Tierschutz stammt. Zum Nachweis ist bei Anmeldung des Hundes der Tierschutzvertrag vorzulegen (bei Hunden aus dem Ausland zudem der Impfausweis).“

Begründung:
Tierheime sind deutschlandweit überfüllt, weil Tiere vermehrt im Internet gekauft werden, häufig von dubiosen oder unseriösen Anbietern. Dabei sind in den Tierheimen vor Ort lebenswerte Tiere zu bekommen, die gesund sind und deren Herkunft weitestgehend geklärt ist.
Um die Attraktivität von Hunden aus dem Tierheim zu steigern, ist es sinnvoll Vorbildern in anderen Städten (Wiesbaden, Mannheim, etc.) zu folgen, die die zukunftsweisende Entscheidung eines Wegfalls der Hundesteuer für Hunde aus Tierheimen/Tierschutzvereinen bereits getroffen haben.
Dies ist ein wichtiger Schritt für den Tierschutz und trägt langfristig zur Eindämmung des illegalen Welpenhandels bei.
Es ist zudem eine spürbare finanzielle Entlastung für Tierheime und natürlich für den

künftigen Hundebesitzer, der nicht nur viel Geld spart, sondern sich auch gut informiert und beraten einen Hund aus dem Tierschutz holt.

Sandra Weegels
Fraktionsvorsitzende